



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 28.09.2020

KLIMASCHUTZ

Photovoltaik für Oberfinanzdirektion in Schwäbisch Gmünd



📷 Peter Werner / Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Schwäbisch Gmünd

Das Land will die Kohlenstoffdioxid-Emissionen durch landeseigene Liegenschaften weiter senken und investiert in die Modernisierung von Landesgebäuden. Auf dem Dach des Bildungszentrums der Oberfinanzdirektion Karlsruhe in Schwäbisch Gmünd ist nun eine Photovoltaikanlage in Betrieb gegangen.

Das Bildungszentrum der Oberfinanzdirektion Karlsruhe in Schwäbisch Gmünd wird derzeit Abschnitt für Abschnitt generalsaniert. Dabei ist ein weiteres Zwischenziel erreicht worden: Die rund 125 Quadratmeter große Photovoltaikanlage auf dem Dach des bereits sanierten Unterwerksgebäudes E ist in Betrieb gegangen. Sie erzeugt künftig durchschnittlich 18.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr. „Mit der Photovoltaikanlage reduzieren wir die Stromkosten jährlich um rund 3.800 Euro und schützen

gleichzeitig das Klima“, sagte Finanzstaatssekretärin Gisela Splett. Die Investition in die Photovoltaikanlage von etwa 26.000 Euro rechnet sich bereits nach sieben Jahren.

Neben der zeitgemäßen Anpassung der Unterkünfte wurde am Unterkunftsgebäude E insbesondere die Gebäudehülle denkmalverträglich energetisch saniert. Der Brandschutz und die technische Gebäudeausstattung wurden auf den neuesten Stand gebracht. Das Land hat in die Sanierung des Gebäudes insgesamt knapp vier Millionen Euro investiert. Das Unterkunftsgebäude F wurde bereits von Februar 2010 bis Juli 2011 und das Unterkunftsgebäude G von November 2016 bis Mai 2018 saniert. Das pavillonartige Gebäudeensemble liegt am östlichen Ortsrand von Schwäbisch Gmünd. Die Oberfinanzdirektion Karlsruhe nutzt das ehemalige Staatliche Aufbaugymnasium seit 1992 als Bildungszentrum für die Steuerverwaltung Baden-Württemberg. Seit Mai 2015 ist das Gesamtensemble ein Kulturdenkmal.

Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften

Die Landesregierung hat im Februar 2020 das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften für die Jahre 2020 bis 2050 fortgeschrieben. Die in Landesgebäuden verursachten Kohlenstoffdioxid-Emissionen sollen bis 2030 um mindestens 65 Prozent und bis 2040 um mindestens 80 Prozent reduziert werden (gegenüber dem Basisjahr 1990). Bis 2050 ist eine Absenkung um mindestens 90 Prozent vorgesehen.

Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Landesliegenschaften ist ein wichtiger Baustein dieses Konzepts. Bis Ende 2019 war bereits eine Fläche von mehr als 100.000 Quadratmetern mit Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Liegenschaften belegt. Mit der Fortschreibung des Konzepts soll die Fläche bis 2025 auf mindestens 130.000 Quadratmeter und bis 2030 auf mindestens 175.000 Quadratmeter anwachsen.